

1. Bremer Oberschultag von GEW und GGG 19. April 2010

AG 3: Schulen in sozialen Brennpunkten

Annette Rüggenberg von der Gesamtschule Bremen-Ost moderierte diese Arbeitsgruppe.

Hier ihr Kurz Kurzbericht:

Schulen in sozialen Brennpunkten kommt eine besondere gesellschaftliche Rolle zu. Sie übernehmen noch mehr als Schulen in anderen Stadtteilen neben den Bildungsaufgaben auch Erziehungsaufgaben. Deshalb ist das schulische Leben hier von besonders großer Bedeutung.

Die Schüler müssen sich in ihrer Schule akzeptiert, wertgeschätzt und unterstützt fühlen. Ein positives Lernklima schafft deutlich bessere Lernvoraussetzungen. Neben gutem Unterricht tragen gegenseitiger Respekt, Verlässlichkeit, klare Regeln und Rituale spürbar dazu bei, dass Schüler interessierter und lernwilliger werden und weniger stören.

Für die Schülerinnen und Schüler sind ganz wichtig :

- **Verlässlichkeit** - Klassenlehrer, Sozialpädagogen, Organisationsstruktur
- **Kontinuität der schulischen Angebote** - Profile, Projekte, Binnendifferenzierung im Klassenverband , Förderkonzepte
- **Vielfältige Angebote** - Mensa, Bibliothek, Sport, Kunst ,Musik, AGs, Berufsberatung , Unterstützung von Eltern und Schülern bei Problemen
- **Positives Lernklima** - schafft Identifikationsmöglichkeiten, trägt zum sozialen Frieden in der Schule bei und führt zu besseren Lernleistungen

Für die Lehrer in den Schulen sind Verlässlichkeit und Kontinuität genauso wichtig. Das heißt, dass Zusagen für Standorte, Klassengrößen, Stundenzuweisungen und Schulkonzepte längerfristig eingehalten werden müssen. Schulen in sozialen Brennpunkten benötigen mehr Lehrerstunden, festeingestellte Sozialpädagogen und ein gutes schulisches Angebot, um die Kinder adequat fördern und unterstützen zu können.

Das oberste Ziel muß sein alle Kinder im Stadtteil zu halten und jede Schülerin und jeden Schüler zu ihrem bestmöglichen Abschluß zu führen.

Dafür müssen die Schulen gut ausgestattet sein und guten Unterricht sowie attraktive ausserschulische Angebote bieten. Nur so kann einer vermehrten Segregation und Ghettoisierung einzelner Stadtteile entgegengewirkt werden.